

Unter Polizist:innen

Reflexionen über ein Forschungsfeld

Nils Zurawski

Jedes Forschungsfeld hat seine Eigenheiten, ist besonders und rechtfertigt eine Reflexion darüber. Angesichts des vorliegenden Sammelbandes nutze ich daher die Möglichkeit, um über das Forschungsfeld Polizei nachzudenken und einige der Beobachtungen zu teilen, die ich in diesem Zusammenhang für wichtig, für besonders, für typisch für das Feld halte. Forschung in (mit, über) der Polizei bedeutet auch immer eine Forschung zu einem Machtapparat. Und allein das unterscheidet das Feld von anderen, weshalb ich hier den Anspruch auf ein »besonderes« Feld erhebe, welches allerdings auch Eigenschaften mit anderen Bereichen teilt, in denen sich Wissenschaftler:innen umtreiben.

Mein Fokus liegt hier auf einer soziologisch-anthropologischen Forschung, die sich zumeist über die Methode der teilnehmenden Beobachtung und der Ethnografie einen Zugang und Überblick zur Polizei verschafft. Und gerade diese Art der Forschung verlangt von den Forscher:innen nicht selten Erklärungen oder gar die Aufforderung zu begründen, warum man sich für dieses Feld entschieden hat und was genau man dort forscht, in wessen Auftrag und mit welcher Agenda. Es geht also um Positionierungen im und gegenüber dem Feld. Die Aufforderungen dazu kommen sowohl von der Polizei sowie von Polizei-kritischen Akteur:innen. Man soll sich erklären – und nicht selten Stellung beziehen. Wobei es hier nicht allein um Theorien und methodische Ansätze geht, sondern auch um die Frage, wie man generell zu Polizei als Institution steht. Lehnt man sie ab oder stimmt ihrer Existenz in modernen Gesellschaften eher zu? Und, welchen Grad an kritischer, also reflektierender, sich seiner Position bewusster Haltung hat man als Forscher:in selbst, wenn man sich ins Feld begibt? Zugegeben, das ist eine vor allem unter kritischen Sozialwissenschaftler:innen bisweilen extreme Position, aber sie ist vorhanden und beeinflusst den Diskurs.

Schon der Umstand des »sich ins Feld begeben« kann als eine Beantwortung der Frage selbst gelesen werden. Die Nähe, welche es für die Methode der teilnehmenden Beobachtung bedarf, von Ethnografie, im besten Sinn, wie sie viele der hier im Band versammelten Beiträge darstellen, ist nicht so ohne weiteres herzustellen und nicht selten bedarf sie einer Verteidigung, einer Rechtfertigung, einer Abgrenzung, mehr als andere Ansätze der Polizeiforschung, die sich dem Feld mit quantitativen Methoden oder analytisch-kritischen Analysen nähern. Doch auch diese Wissenschaftler:innen müssen sich erklären. Diejenigen Akteure, die diese Erklärungen einfordern sind vielfältig. Das können die Polizei und ihre Gewerkschaftsvertreter:innen auf der einen Seite sein; aber eben auch kritische Aktivist:innen (Anti-Gewalt, Anti-Rassismus, Anti-Kontrolle) sowie die Wissenschafts-Community. In diesem Zusammenhang sprechen Beek et al. (2022, 2) von ethischen Herausforderungen bezüglich der epistemologischen Positionierung, die allerdings notwendig ist, um ein nuanciertes Verständnis der Polizei zu bekommen (vgl. auch Zurawski 2020). Seufzend möchte man sagen »Wie man's macht...«. Das ist aber nicht der Punkt. Der Punkt ist, eine Haltung zu entwickeln, mit der man in dem Feld bestehen und dabei über und zu und eventuell sogar mit der Polizei forschen kann, um letztlich zu guten Erkenntnissen zu gelangen.

Die Polizei ist bei weitem nicht das einzige Feld, in dem Erklärungen bezüglich einer vermeintlichen zu großen Nähe gefordert werden, oder eine vermeintlich zu voreingenommene Haltung dem Feld gegenüber kritisiert wird. Ich selbst konnte ähnliches beim Thema Doping und Dopingkontrollen erfahren (vgl. Zurawski & Scharf 2019), wo es den Vorwurf gab, sich mit einer Kritik von Dopingkontrollen gemein mit den Praktiken der unerlaubten Leistungssteigerung zu machen. Hier kam die Kritik vor allem aus anderen Disziplinen der Wissenschaft sowie von sportpolitischem Organisationen. Die Besonderheit im Feld Polizei ist jedoch, dass es sich hier um eine zentrale Institution des Staates handelt, ausgestattet mit einer Gewaltlegitimität, mit weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die Leben der Bürger:innen, sehr eigenen organisationalen Strukturen, die deren Erforschung vor besondere Herausforderungen stellt – methodisch, theoretisch sowie hinsichtlich des Zugangs und der möglichen Nähe zu den Menschen darin. Es sind genau jene organisationalen Strukturen, die gleichzeitig eine Erforschung im Sinne einer Aufklärung für die Gesellschaft und als Reflexionswissen für die Institution Polizei selbst geradezu erzwingen.

1 Die Forscher:innen und ihre Positionierungen

Wenn die Positionierung im Feld also wichtig zu sein scheint, stellt sich mir die Frage, ob man so etwas wie eine Typologie von Polizeiforscher:innen skizzieren kann, mit der man sowohl das Nähe-Distanz-Verhältnis als auch die die jeweiligen Unterschiede deutlich machen kann? Angelehnt an eine Typologie von Ullrich (2019), die er für die Protestforschung entworfen hat, möchte ich hier ausführen wo die Probleme und möglichen Empfindlichkeiten eines schwierigen Feldes – in meinem Fall die Polizeiforschung – liegen können. Einige von Ullrichs Argumenten und Beobachtungen zur Protestforschung kann man sehr instruktiv auf das Feld Polizei und die sie Erforschenden anwenden. Er entwirft eine Typologie, welche die Protestforscher anhand der Positionierung zum Feld verortet. Jeder Typus zeichnet sich dabei sowohl durch ein Nähe-Distanz-Verhältnis zum Feld aus als auch durch die Bewertung des Gegenstandes, d.h. welcher Art die Forschung selbst ist – eher affirmativ oder kritisch. Der wesentliche Unterschied zu Ullrichs Typologie besteht hinsichtlich der Polizei darin, dass die Skepsis, die so manchen der Protest-Forscher:innen aus den Protestbewegungen entgegenschlägt, auch damit zu tun hat, dass diese polizeiliche/staatliche Repressionen fürchten oder abwehren wollen (oder damit konfrontiert wurden), während Polizei ein Teil dieses Repressionsapparates darstellt. Diese Skepsis hinsichtlich einer möglichen Unterwanderung besteht bei der Polizei so selbstverständlich nicht, dennoch möchte sie sich ungern in die »Karten schauen« lassen und verhält sich zögerlich, was die Beteiligung an Forschung angeht, die sie in ihrem Selbstverständnis als Organisation betrifft. Im Zusammenhang mit Forschung zu Protestbewegungen gibt es den geäußerten Vorwurf der »Gegnerkunde« (vgl. Ullrich 2019, 34), wenn also der Eindruck eines »Ausforschen« von Strukturen oder inneren Angelegenheiten besteht.

Eine Typologie der Polizeiforscher:in nach Ullrichs Vorbild muss allerdings berücksichtigen dass sich jene sowohl dem Feld gegenüber positionieren, als auch ihre Rolle und Position gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit in Zivilgesellschaft und Wissenschaft gegenüber rechtfertigen müssten. Es ist in diesem Zusammenhang für eine (wenn auch unterschiedliche) Bewertung gleich welcher Seite von Bedeutung, ob man als Forscher:in

- von außen kommt;
- Teil der Polizei ist (z.B. als Wissenschaftler:in an einer der Polizeihochschulen o.ä.);
- eine Studie »für« die Polizei (oder eine Behörde) als Auftragsarbeit macht;

weiterhin:

- welcher Fragestellung man nachgeht;

und schließlich auch

- welche Methode man dabei anwendet und wie nah (im Sinne eines Vertrauensverhältnisses) man dabei der Polizei bzw. den Beamt:innen kommt.

Diese Unterteilung betrifft die Forschungsbedingungen insgesamt. Im Feld Polizei ist vor allem die Frage des Nutzens von Interesse, die Stellung zur Polizei und ob jemand in der Polizeiführung eine Forschung für gut befunden bzw. »genehmigt« hat. Einmal im Feld, so die persönliche Erfahrung, sind Zugänge einfach und die eigene Rolle nicht mehr zentral wichtig. Allerdings gibt es dann durchaus neue Herausforderungen, die Ähnlichkeiten zu der von Ullrich entworfenen Typologie zum Verhältnis von Forscher:in und Beforschten auch im Rahmen von Polizeiforschung aufweisen.

Elementar ist dabei die Frage nach dem Sinn oder konkret dem Nutzen der jeweiligen Forschung oder einer speziellen Fragestellung. Generell gilt für die Polizeiforschung was Ullrich für die Protestforschung benennt, nämlich dass es ein gesellschaftliches Interesse gibt, dem hiermit nachgekommen würde (vgl. ebd., 35). Auch wenn das für jegliche öffentlich finanzierte Forschung gelten mag, so ist der Hinweis hier wichtig, da insbesondere Polizei als öffentliche Einrichtung sich einer Erforschung nicht entziehen kann oder darf. Und seine Folgerung, dass

»der Nutzen [...] angesichts der generell geringen Prognosekraft sozialwissenschaftlicher Theorien eher seltener als Rezeptwissen für erfolgreichen Protest vor[liegt], auch wenn man einige der Ansätze mit ihrem rationalistischen Bias durchaus als ›Organisationsberatung‹ lesen kann [...], sondern überwiegend als ›Reflexionswissen‹« (ebd., 35),

kann auch so für die Polizei übernommen werden.

Ullrich unterscheidet/identifiziert folgende Typen von Forschenden im Rahmen der Protestforschung: Die Interessierten, die Engagierten und die Distanzierten (vgl. ebd. 31ff.). Die Interessierten zeichnen sich durch den primären Bezug auf Wissenschaft als Feldstrategie aus. Ihr Verhältnis zum Feld sei geprägt durch eine Mischung aus inhaltlichem Interesse und instrumentellen Momenten u.a. in dem es sich für sie bei dem Feld um eines von vielen möglichen handelt. Die Engagierten hingegen seien als spezifisch Positionierte dadurch gekennzeichnet, dass Themeninteresse, Fragestellungen und Zugänge zur akademischen Protestforschung vornehmlich aus eigenem Engagement oder mindestens starken Affinitäten zu bestimmten Bewegungen resultieren. Eine Subgruppe hierzu würde durch die so genannten *activist researchers* oder *activist scholars* gebildet, also jenen Forscher:innen, die aus der Position der Bewegungsaktiven ihre Forschung betreiben. Die Distanzierten werden von Ullrich als die kritischsten beschrieben, einerseits ehemalige, möglicherweise enttäuschte Aktivist:innen oder nicht selten sehr junge, sehr kritische Autor:innen, deren Forschung stark mit den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der deutschen Linken verbunden sei (vgl. ebd. S. 33). Diese Kategorisierung der Nähe-Distanz-Verhältnisse ist nachvollziehbar die Protestforschung. Könnte dieser Kategorisierungsmodus auch hilfreich für die Polizeiforschung sein? Das Nähe-Distanz-Verhältnis ist dabei sicherlich eine wichtige Komponente. Eine direkte Einteilung anhand der vergebenen Attribute interessiert, engagiert, distanziert lässt sich aber so einfach nicht umsetzen.

Auf einer Ebene ist die Nähe von Forschenden zu Polizei ein Gradmesser für die Bewertung der Forschung. So wird eine zu große Nähe zur Institution Polizei, z.B. durch die Beschäftigung an einer Hochschule der Polizei oder durch die Beauftragung von Polizei, von einer kritischen Öffentlichkeit oder bestimmten Aktivist:innen als negativ bewertet. Gleichzeitig ist mit einer solchen Verortung nicht garantiert, dass die Polizei diese Wissenschaftler:innen als solche »von ihnen« ansieht. Letztlich sind sie keine Polizist:innen – eine zentral wichtige Kategorie der Zugehörigkeit und Glaubwürdigkeit in der Bewertung von Definitionsmacht und Expertise. Für diese Wissenschaftler:innen ergibt sich also eine doppelt schwierige Situation mit Erklärungs- und Rechtfertigungsbedarf nach mindestens zwei Seiten. Diese Gruppe könnte der Rubrik der Interessierten bei Ullrich entsprechen. Ergänzt man sie um Wissenschaftler:innen, die nicht an Einrichtungen der Polizei lehren und forschen, dürfte sie den größten Anteil der gegenwärtigen Polizeiforscher:innen ausmachen. Die meisten von Ihnen stammen aus den empirischen

Sozialwissenschaften, der Kriminologie, der Pädagogik, der Anthropologie, manchmal auch der Psychologie und den Rechtswissenschaften, wenn diese ihre Forschung nicht allein auf eine Rechtsauslegung oder Kommentierung fokussieren. Die Haltungen dieser Gruppe insgesamt variieren, sie verorten sich in der Regel kritisch, wobei die maßgebliche Orientierung die Wissenschaft ist. Die Glaubwürdigkeit bei den jeweiligen Teilöffentlichkeiten – Polizei, kritische Aktivist:innen, eine mehr oder weniger kritische Allgemeinheit – kann von diesen sehr unterschiedlich bewertet werden. Nähe und Distanz, Nachvollziehbarkeit der Argumente und eine Passung in mögliche politische Opportunitäten spielen dabei eine wahrscheinlich entscheidende Rolle. Selbstverständlich ist auch die Polizei keine homogene Öffentlichkeit und Bewertungen fallen individuell durchaus unterschiedlich aus. Es lässt sich jedoch sehr wohl eine Tendenz erkennen und daher die Polizei als eine nach außen homogen agierende Teilöffentlichkeit benennen. Das Themenspektrum der Polizei-Interessierten ist sehr breit, nicht auf die aktuell intensiv diskutierten Themen wie z.B. Rassismus oder Gewalt begrenzt und daher oft, aber nicht notwendigerweise weniger aktuell politisch aufgeladen, im Sinne medialer Diskussionen und radikaler Forderungen.

Die bei Ullrich als Engagierte bezeichneten wären in der Polizeiforschung eben gerade nicht die aus der Polizei stammenden Forscher:innen, sondern hier wären eher die so genannten *activist researchers* (vgl. Ullrich 2019, 32, dort in Bezug zu Protestbewegungen) zu verorten, die der Institution skeptisch bis antagonistisch gegenüberstehen. Hier sind vor allem junge Autor:innen vertreten, häufig Student:innen, aber auch etabliertere Wissenschaftler:innen, die der Polizei dezidiert kritisch (hier im Sinne von kritisierend bis ablehnend) gegenüberstehen und eine mögliche Nähe im Sinne einer Forschung in der Polizei eher ablehnen. Es sind hier vielfach auch Forschende aus nicht-empirischen, eher rein theoretischen Disziplinen (Philosophie, theoretische Kulturwissenschaften) zu finden, die sich der Thematik annehmen, nicht immer ohne Reibung zu ihren Kolleg:innen, die gerade in der empirischen Forschung, dem Erheben von Daten und der Reflexion der methodisch gewonnen eigenen Erfahrungen das Besondere der Polizeiforschung, gleich ob qualitativ oder quantitativ orientiert, sehen. Die behandelten Themen sind solche wie Polizei-Gewalt, Rassismus in der Polizei, racial profiling, Polizei und Rechenschaftspflicht (*accountability*), Kennzeichnungspflicht, unabhängige Kontrolle der Polizei. Hierzu zähle ich sowohl Wissenschaftler:innen als auch andere Akteur:innen, die ihre Aufklärung und Recherchen im Sinne eines politischen Anliegens nutzen. Die in diesem Sinn Engagierten sind es auch,

die die Polizei-Interessierten am schärfsten kritisieren und eine Positionsbestimmung einfordern. Die Polizei selbst muss das nicht in gleichem Maße tun, da sie einen Zugang zu sich selbst als Feld einfach ablehnen kann – zumindest ist das bisher die gängige Praxis, wenn Forschungsthemen nicht als akzeptabel kategorisiert werden. Ob die bisher vielfach so gehandhabte Praxis rechtens und legitim ist, bezweifeln Praunsmändl et al. (2022) in einer rechtlichen Analyse der Verfahren und dem konkreten Umgang mit der eigenen Transparenz hinsichtlich Forschung auf Seiten der Polizeibehörden in Deutschland. Polizei-seitig wird diese Art von Forschung, wenn sie denn überhaupt bei den Adressaten wahrgenommen wird, in der Regel einfach abgelehnt, indem sie als »realitätsfern«, »ideologisch« oder »links-orientiert« gekennzeichnet wird. Eine Chance auf einen Dialog zwischen Polizei und den Polizei-engagierten Forscher:innen beurteile ich eher als gering. Für die innerwissenschaftliche Debatte sind auch die Beiträge mit einem politischen Anliegen wichtig, wobei die gelegentliche Empirieferne durchaus diskussionswürdig ist.

Die Polizei-Distanzierten sind analog zum gleichnamigen Typus bei Ullrich selten. Es wären dann ehemalige oder noch im Dienst befindliche Polizist:innen, die sich kritisch und reflexiv in der Öffentlichkeit mit der Polizei beschäftigen. Dass diese wenigen trotz ihrer Insider-Stellung auch in der Polizei selbst vielfach als Außenseiter dargestellt werden, ihre Motive angezweifelt werden (»der will doch nur ins Fernsehen«) sowie ihre Argumente delegitimiert werden, ist keine Überraschung. Ihr Anschluss an die anderen beiden Gruppen ist nicht zuletzt daher häufig gut und sie sind eine wichtige Stimme aus der Polizei, mit der Kritik auch legitimiert werden kann und wird. Oliver von Dobrowolski wäre hier prominent zu nennen, der mit seinem politischen Engagement durchaus Aufsehen erregt hat und sich auch publizistisch mit einer Kritik an der Polizei geäußert hat (2022). Als weitere wären u. a. zu nennen Thomas Müller, Rafael Behr, in der Vergangenheit auch Thomas Wüppesahl, sowie aktuell auch die Polizistinnen, die sich in der Gruppe Polizei.Grün engagieren.

Mit dieser Typologie, angelehnt an Ullrichs Sozialfigur des Protestforschers, wird schon einmal deutlich, dass es zwar Unterschiede in der Haltung der zu Polizei Forschenden gibt, die Typologien aber nur ein Anhaltspunkt für die Beziehung zum Feld geben können. Ebenso wichtig bzw. ein wesentlicher Teil davon ist, egal um welchen Forscher:innentyp es geht, das gewählte Thema. Und letztlich geht es auch um die Ausrichtung der Fragestellung selbst. Ist die im Sinne der Polizei als instrumentelles Handlungswissen konzipiert oder will sie vor allem die Verhältnisse rekonstruieren, kritisch diskutieren und grundlegende Erkenntnisse befördern, die im Alltag der Polizei keine Rolle

spielen – zumindest nicht aus Sicht der entsprechenden Verantwortlichen. Und dabei sind manche Themen gleich von Anfang an vermintes Gelände, z.B. Rassismus oder Gewalt von Polizeibeamt:innen und deren mögliche Ahndung – wie die Diskussionen über die großangelegte Studie MEGAVO gezeigt haben (die so genannte Seehofer-Studie) oder das Projekt KviAPol (vgl. Abdul-Rahman et al. 2023). Die Figur der Polizeiforscher:in und ihre Positionierung ist ein Teil der Forschung, welche nicht nur in der Beziehung zur Polizei selbst eine Rolle spielt.

2 Im Feld der Missverständnisse

Einmal im Feld allerdings, ist die dort hergestellte besondere Nähe zwischen Forscher:innen und Polist:innen von zentralem Interesse, und es scheinen viele der hier angesprochenen Vorbehalte keine oder zumindest keine große Rolle mehr zu spielen. So sind bei Feldaufenthalten vielfältige Einblicke in polizeiliche Arbeit möglich, bis hin zur Begleitung bei als durchaus privaten und für die betroffenen Bürger emotional heiklen Hausdurchsuchungen (vgl. Papathanasiou, 2022). Diese Erfahrung wird von vielen, auf jeden Fall von den hier in diesem Band versammelten Autor:innen geteilt – oder wie es eine der Autor:innen einmal salopp auf den Punkt brachte: Einmal im Feld, träfe man sehr viele, offene und interessierte Menschen, die vielen ihrer eigenen Vorurteile nicht entsprechen und ihren Beruf und die eigene Rolle kritisch betrachten könnten. Das bedeutet nicht, dass das Verhältnis damit auf jeden Fall spannungsfrei wäre oder alle Missverständnisse über die jeweilige Rolle der Forschenden beseitigt seien. Abgesehen von persönlichen Beziehungen zu Polizist:innen, die sich besonders stark in ethnografischen Forschungen ergeben und wahrscheinlich eine nicht zu verhindernde Entwicklung solcher Methoden sind, gibt es dennoch auch weiterhin Polizist:innen, die skeptisch auf die Wissenschaftler:innen schauen. Dabei ist das Verhältnis jenseits persönlicher Bekanntschaft und dem durchaus kooperativen Umgang mitunter von ein paar generellen (bis hin zu strukturellen) Missverständnissen geprägt, was denn Forschung überhaupt sei, was Wissenschaftler:innen generell so tun und was speziell im Rahmen von Polizeiforschung. In diesen Missverständnissen ist häufig auch das Verhältnis von Polizei und Forschenden berührt, also was die einen von den anderen wollen und was man von sich gegenseitig erwarten kann. Einige dieser Hinderungs- und Reibungspunkte lohnen angeschaut zu werden. Ich führe hier deshalb ein paar dieser (vielfach selbst erlebten bzw. mir geschilderten)

Missverständnisse auf, die auf Seiten der Polizei darüber bestehen, was Forschung und Forscher:innen tun und in welchem Kontext man das betrachten sollte. Die Aufzählung mag unvollständig sein oder im Detail weitere Aspekte haben, aus den Beiträgen des Bandes sowie eigener Erfahrungen jedoch halte ich die folgenden für die wichtigsten bzw. die auffälligsten Missverständnisse:

- a) Forscher:innen möchten Fehler der Polizei nachweisen, bis hinunter auf die Ebene einzelner Beamt:innen. Damit wäre Forschung so etwas wie die Ermittlungstätigkeit der Polizei selbst, worin wahrscheinlich auch diese Fehlwahrnehmung begründet ist.
- b) Das Wesen der Forschung selbst: Es herrscht (nicht ausschließlich, aber zum großen Teil) eine Vorstellung von Forschung vor, die eher beschreibend und quantifizierend ist. Das kann auch bedeuten, dass Statistiken bereits als Wissenschaft gesehen werden, eher nach Kausalzusammenhängen gefragt wird und rekonstruierende Forschung, die ein erweitertes Reflexionswissen bereitstellen kann, eher nicht für Wissenschaft gehalten werden bzw. der Sinn derer nicht erkannt wird. Forschung, so die Annahme, soll beweisen (siehe oben), allerdings keine Fehler, sondern Annahmen im Sinne der Polizei. Das mag auch für andere Felder zutreffen, hier aber ist es ein Aspekt, der wichtig ist genannt zu werden.
- c) Forschung zu oder über die Polizei wird dann als positiv wahrgenommen, wenn diese für die polizeiliche Arbeit nutzbar ist – »was hat die Polizei davon?« wäre die Referenz für eine Polizei-seitige Relevanz, wobei vor allem praktisches Handlungswissen gemeint ist.
- d) Auch wird Polizeiforschung häufig nicht als Beschreibung eines Forschungsgegenstandes im Sinne von Forschung über die Polizei verstanden, sondern als Wissenschaft im Dienste der Polizei. Dieses Missverständnis setzt ein Vertrauen in Wissenschaft voraus, welches aber, siehe c., eher instrumentell, als nützliches Wissen für die Arbeit erwartet wird. Bei diesem Punkt ist Polizei allerdings nicht allein, denn auch die Kritik an Polizeiforschung von Aktivist:innenseite missversteht Polizeiforschung als eine in deren Diensten stehende, weniger als eine, die sich wissenschaftlich-objektiv und methodisch geleitet mit Polizei auseinandersetzt. Das gilt insbesondere, wenn es sich um die Gruppe, der auch hier hauptsächlich vertretenden »interessierten« Forscher:innen handelt.
- e) Es wird eine missverstandene Neutralität von Forschung erwartet. Forschung, wie auch die Presse oder eben die Polizei soll in ihrer Arbeit unvoreingenommen sein, »neutral«. Für die Polizei heißt das in ihrer Ar-

beit, dass sie Beweise zur Be- und Entlastung suchen und würdigen muss. Die Erwartung, dass Wissenschaft immer »beide« Seiten hören müsste, liegt da nahe, muss aber enttäuscht werden. Eine Forschung zu Gewalt durch Polizei müsste entgegen einer solchen Logik eben nicht gleichzeitig Gewalt gegen Polizei mit erheben. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, außer die Fragestellung wäre entsprechend gewählt. Wissenschaft ist kein Schiedsrichter, sondern unvoreingenommen gegenüber möglichen Ergebnissen jeder Fragestellung, reflektiert ihre Ergebnisse, schaut aber nicht nach allen Seiten um ein ausgewogenes Bild und entsprechende Resultate zu generieren.

Diese Art der Missverständnisse mag auch auf andere Felder sozialwissenschaftlicher Forschung (im weitesten Sinn) zutreffen, insbesondere solche, in denen wissenschaftliche Forschung und ihre Bedeutung ebenfalls wenig bekannt sind und Feldbesuche auch als ein Eingriff in eine wie auch immer gestaltete private oder professionelle Sphäre angesehen werden könnten. Das könnte z.B. für weite Teile der Arbeitswelt gelten, für die öffentliche Verwaltung jenseits der Polizei, generell wahrscheinlich immer dort, wo es um Gruppen von Menschen, insbesondere, aber nicht nur, in Organisationen geht, die in größeren strukturellen Zusammenhängen verortet sind und wo Forschung genau diese Strukturen in den Blick nimmt. Die Polizei allerdings steht heraus. Sie ist integraler Bestandteil staatlicher Alltagspräsenz und als Instanz staatlicher Machtstrukturen in einem demokratischen System selbstverständlich das Subjekt der Wissenschaft. Ein mögliches Recht auf Nicht-Beobachten, auf ein Arbeiten im Verborgenen, ohne eine wissenschaftliche Begleitung und Analyse kann es hier nicht geben, auch wenn so manche Praktik der Verhinderung den Eindruck vermitteln könnte. Und von diesen Beobachtungen, den Missverständnissen, den sich etablierenden Beziehungen, gegenseitigen Erwartungen, der Skepsis und den daraus entstehenden Dynamiken, davon erzählen die Artikel, Berichte und Analysen in diesem Band. Auf eine Zuordnung der Autor:innen zu den hier skizzierten Typen verzichte ich, aber möglicherweise hilft diese Typologie doch einzelne Erzählungen besser zu verstehen und einordnen zu können.

Literatur

- Abdul-Rahman, Laila, Hannah Espin Grau, Luise Klaus, Tobias Singelnstein. 2023. Gewalt im Amt. Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Frankfurt a.M.: Campus.
- Beek, Jan, Thomas Bierschenk & Annalena Kolloch and Bernd Meyer (Hg.). 2022. Policing race, ethnicity and culture. Ethnographic perspectives across Europe.
- Papathanasiou, Maria. 2022. »Aufmachen, hier ist die Polizei.« Untersuchung polizeilicher Kommunikation hinsichtlich ihrer Transparenz bei Hausdurchsuchungen. Unveröff. Masterarbeit, Universität Hamburg.
- Praunsmändel, Sarah, Stephanie Schmidt & Roman Thurn. 2022. Zugang verweigert! Externe Polizeiforschung und Wissenschaftsfreiheit. Kritische Justiz, 55(3), 303–321. <https://doi.org/10.5771/0023-4834-2022-3-303>
- Ullrich, Peter. 2019. Protestforschung zwischen allen Stühlen: Ein Versuch über die Sozialfigur des »Protestforschers«. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 32(1), 29–40. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0004>
- von Dobrowolski, Oliver. 2022. Ich kämpfe für eine bessere Polizei« – #Better Police. Frankfurt: S. Fischer.
- Zurawski, Nils & Marcel Scharf. 2019. Kritik des Anti-Doping. Eine konstruktive Auseinandersetzung zu Methoden und Strategien im Kampf gegen Doping. Bielefeld: transcript.
- Zurawski, Nils. 2020. Über die Polizei forschen oder mit Polizist*innen reden? Zwei Perspektiven der Polizeiforschung: Möglichkeiten und Konsequenzen. Karlhans Liebl & Eberhard Kühne (Hg.): *Polizeiwissenschaft Fiktion, Option oder Notwendigkeit?* Frankfurt a.M.

